

Ein Dorf hofft auf einen Neustart und den Dialog

Salem: Steht das umstrittene Entwicklungskonzept auf der Kippe?

SALEM. Die Gemeinde Salem ist bereit, den Beschluss für das 10 Hektar-Entwicklungskonzept, das ein rund zwei Hektar großes Baugebiet mit 21 Bauplätzen einschließt, aufzuheben. Im Gegenzug soll die Bürgerinitiative (BI) auf den von ihr angestrebten Bürgerentscheid am 14. Mai verzichten. Ob es so kommt, soll auf der nächsten Gemeinderatssitzung am 23. März beschlossen werden. Bis dahin wird das Amt Lauenburgische Seen einen öffentlich rechtlichen Vertrag ausarbeiten, in dem die Bedingungen festgehalten werden.

Das ist das Ergebnis der Gemeinderatssitzung vom Dienstagabend. Zuvor trugen Vertreterinnen der Initiative nochmals ihre Standpunkte gegen das Konzept vor. Bürgermeister Herbert Schmidt hatte mit mehr Interesse und Besucher an der Sitzung im Gemeindezentrum gerechnet. „Wir sind extra ein wenig zusammengerückt, um Platz zu machen“, so Schmidt. BI-Vertreterin Corina von Allwörden appellierte erneut an die Politik, die Salemer Natur zu erhalten und den Beschluss vom November zu kippen.

„Eine solch gravierende Entscheidung für Salem sollte man nicht allein der Gemeindevertretung überlassen“, sagte von Allwörden. Ein Mitspracherecht der Bürger sei wichtig. Daher sei das Bürgerbegehren, das zu dem Bürgerentscheid führen soll, eingeleitet worden. Die Gemeindevertretung solle den BI-Forderungen nachgeben. So könne das Vorhaben Bürgerentscheid fallen gelassen werden.

Corina von Allwörden betonte, dass das geplante Entwicklungsgebiet in einer so genannten „Natura 2000-Fläche liege, auf denen nicht gebaut werden dürfe. Es müssten aufwendige Verträglichkeitsprüfungen gemacht werden, die Geld kosten. Sie habe sich das von der oberen Naturschutzbehörde bestätigen lassen. „Die Entscheidung, das Gebiet zu bebauen, ist falsch gewesen“, erklärte die Salemerin. Nochmals skizzierte sie die Nachteile für Natur und den dörflichen Charakter Salems, wenn das Konzept umgesetzt werde. „Überlegen Sie es sich noch mal“, sagte sie in Richtung Gemeindevertretung. Vielmehr sollte man gemeinsam Ideen entwickeln, welche Möglichkeiten es gibt, in dem 600-Seelen-Ort neuen Wohnraum zu schaffen. Die BI sei für einen Dialog. „Es sollte der Wohnraumbedarf abgeklärt werden“, regte Jasmin Andreae an. Zu klären sei, wie sich Salem künftig entwickeln soll.

Durch die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung werde es schwieriger Bauplätze zu verkaufen. Das zeige sich auch in Nachbargemeinden, wo die Bauplatznachfrage zurückgehe, gab Corina von Allwörden zu bedenken.

Bürgermeister Schmidt ging danach kurz auf die Geschichte der geplanten Wohnbebauung im Ort ein. „Es gibt nur begrenzte Ent-



Die Gemeindevertretung unter Vorsitz von Bürgermeister Herbert Schmidt behandelte erneut das Thema Entwicklungsgebiet Salem.

Fotos: M. Nordmann



Corina von Allwörden (re.hi.) und Jasmine Andreae (li.) brachten nochmal ihre Bedenken vor.

wicklungsmöglichkeiten“, stellte er fest. Zugleich gebe es aber einen Bedarf an Bauplätzen. Deutliche Kritik übte Schmidt an einem Flyer, den die BI kurz vor der Sitzung verteilt hatte. „Das war ein unglückliches Pamphlet“. Es sei darin suggeriert worden, dass der Bürgermeister alleine entscheide. Dem sei aber nicht so, die Entscheidung treffe die Gemeindevertretung.

Herbert Schmidt machte drei Möglichkeiten des weiteren Vorgehens auf: Der Beschluss vom 17. November wird aufgehoben oder eben nicht aufgehoben. Eine weitere Option sei, dass die Gemeinde die Beschlüsse auf-

hebt und die BI zugleich auf einen Bürgerentscheid verzichtet. Gemeindevertreterin Stefanie Montag warb dafür, den Streit in der Gemeinde zu beenden. Es gehe um das friedliche Miteinander. Die Politik habe sich die vergangenen anderthalb Jahre nicht leicht gemacht, betonte Montag. Sie schlug vor, sich nochmals an einen Tisch zu setzen, um etwas für die Gemeinde zu erreichen. Herbert Schmidt sprach sich ebenso für einen „Neustart“, Dialog und gegenseitiges Vertrauen aus. Nach einer 45-minütigen Sitzungspause signalisierte die Gemeindevertretung die Bereitschaft, den Beschluss aufzuheben. Auch die BI sei bereit, ihren Antrag zurückzunehmen. Allerdings sollten die Bedingungen in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag festgehalten werden, so die BI-Vertreterinnen. Ihre Befürchtung: Veränderte Kräfteverhältnisse nach der Kommunalwahl am 14. Mai könnten die Planungen erneut aufnehmen. Zugleich bestehe die Möglichkeit, dass die Landesregierung künftig die Voraussetzungen für Bürgerentscheide verschärfen könnten.

mno

**Im MARKT am
11. März 2023**